

Dokument 54

Rede von Britta Ernst, Parlamentarische Geschäftsführerin der Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion, auf der Bildungs-Demonstration gegen die Primarschul-Pläne des Schwarz-Grünen Senates am 18. April 2009 in Hamburg.



Sehr geehrte Damen und Herren,
ich möchte mich sehr herzlich für die Gelegenheit bedanken, hier ein Grußwort zu sprechen.

Wir sind heute u.a. hier, weil wir die Abschaffung des Elternwahlrechts ablehnen. Hamburgs Eltern dürfen künftig nicht mehr entscheiden, ja nicht einmal mitreden, wenn es um die Wahl der weiterführenden Schule und damit um den weiteren Bildungsweg ihrer Kinder geht.

Dabei wissen wir aus vielen Untersuchungen, aber jede und jeder auch durch eigene Erfahrung oder die anderer, dass die Empfehlungen der Grundschulen über den Besuch der weiterführenden Schulen sehr oft falsch sind.

Wie kann es daher sein, dass sich der Staat anmaßt, diese Entscheidung abschließend und allein zu treffen. Das ist undemokratisch und passt auch nicht in eine Zeit, in der die Kooperation von Schulen und Elternhäusern unverzichtbar für gute Bildung ist.

Wir wissen auch, dass die Empfehlungen, die die Grundschulen geben, Kinder aus sozial schwächeren Familien benachteiligen. Diese Kinder erhalten bei gleichen Leistungen sehr viel seltener eine Gymnasialempfehlung, als Kinder aus bildungsorientierten Elternhäusern.

In vielen Fällen haben Eltern in der Vergangenheit dennoch auf ihre Kinder vertraut und haben sie mit Erfolg auf die Gymnasien geschickt.

Wir finden es angesichts der nachgewiesenen hohen Quote nicht zutreffender Empfehlungen der Grundschulen skandalös, dass künftig eine staatliche Schulbürokratie über die Köpfe von Eltern und Schülern hinweg diese Entscheidung abschließend und alleine treffen wird.

Wir lehnen daher die geplante Missachtung des Elternwillens durch die Schulbehörde ab und wir fordern den Senat auf, auch künftig Eltern diese Entscheidung treffen zu lassen.

Die Abschaffung des Elternwahlrechts, wird sich aber auch negativ auf die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien auswirken.

Das wird zu einer willkürlichen Verringerung der Schülerzahlen an den Gymnasien führen, und das wird Konsequenzen haben, über die die Schulbehörde heute nicht sprechen will, weil dann die Folgen ihrer Pläne deutlich werden.

Denn wer sich die Hamburger Schullandschaft ansieht muss feststellen, dass ausgerechnet in den sozial schwachen Stadtteilen die Gymnasien in ihrer Existenz bedroht sind.

Die Gymnasien in sozial starken Stadtteilen wie den Elbvororten haben fast ausschließlich Schüler mit Gymnasialempfehlung. Bei den Gymnasien in sozial schwächeren Stadtteilen sieht es ganz anders aus, z. B. das Gymnasium Hamm oder das Kurt-Körper-Gymnasium in Billstedt haben über 50 % Kinder ohne Gymnasialempfehlung. Wenn diese große Zahl von Schülerinnen und Schülern künftig fehlt, sind diese Schulen in ihrer Existenz bedroht.

Schwarz-Grün plant daher eine Schulreform, die zum Ergebnis haben wird, dass der Weg, nach 12 Jahren Abitur zu machen in den sozial schwachen Teilen Hamburgs wegfällt und es die Gymnasien nur noch in dort geben wird, wo bildungsorientierte und einkommensstarke Eltern leben.

Die Bildungsreformen der letzten Jahrzehnte haben auch viele Gymnasien verändert. Sie haben sich geöffnet, für Kinder aus Arbeiterschichten, für Kinder mit Migrationshintergrund. Gerade die Gymnasien in den sozial schwächeren Stadtteilen bemühen sich um eine heterogene Schülerschaft, um Kinder und Jugendliche, deren Eltern keine Akademiker sind.

Diese positive Entwicklung der letzten Jahrzehnte soll beendet werden.

Die Abschaffung des Elternwahlrechts, das Herumspielen mit Zugangsquoten wird dazu führen, dass die Gymnasien wieder nur noch mit einer kleinen Schülerschaft aus bestimmten Stadtteilen und eher bildungsorientierten Elternhäuser zu tun haben werden. Das ist ein Rückfall in die 60er Jahre.

Diese Entwicklung wird die soziale Spaltung der Stadt verstärken, und das wollen wir nicht.

Wir wollen, dass sich alle Schulen den gesellschaftlichen Herausforderungen stellen, statt sich abzuschotten.

Spätestens durch die PISA-Studien wissen wir, dass die soziale Herkunft in einem erschreckend großen Ausmaß die Bildungswege der Kinder und Jugendlichen festlegt. Wir wollen eine gerechtere Gesellschaft und müssen daher erreichen, dass der Schulabschluss der Kinder nicht durch die soziale Stellung der Eltern bestimmt wird. Dort sind wir noch lange nicht angekommen.

Letzter Punkt: Die größte Herausforderung für das Schulsystem sind die vielen Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne einen Abschluss verlassen.

Auch in Hamburg verlassen fast 10 % eines Schülerjahrgangs die Schule ohne Abschluss.

Und diese Zahl täuscht sogar noch darüber hinweg, dass es in manchen Stadtteilen sogar um die 30% sind, die ohne Basiskompetenzen im Lesen, Rechnen und Schreiben die Schule verlassen. Das sind

tausende junger Menschen, die auf dem immer härter werdenden Arbeitsmarkt **keine Chance** haben.

Sie haben keine Chance, eine Lehrstelle zu finden, und sie haben daher keine Chance, auf einen Start in ein eigenständiges, ein selbstbestimmtes Leben.

Das ist nicht hinnehmbar. Daher muss aus unserer Sicht der Schwerpunkt jeder Schulreform bei dem Ausbau guter Stadtteilschulen liegen, die sich auch um diese Schülerinnen und Schüler kümmern. Unsere Perspektive sind Schulen, die so gut sind, dass sie von allen Eltern akzeptiert werden und in denen alle Kinder gemeinsam lernen und bestens gefördert werden.

In den nächsten Jahren geht es daher darum, ein Schulsystem so umzubauen, dass von allen Schulen auch das Abitur erreicht werden kann, an den Gymnasien nach 12 Jahren, in den Stadtteilschulen nach 13 Jahren.

Wir brauchen daher starke Stadtteilschulen, die als gute Ganztagschulen ausgestattet sind und die auch die Kinder und Jugendlichen auf den Weg bringen können, die in ihren Elternhäusern aus welchen Gründen auch immer nicht unterstützt werden können.

Wir wollen Stadtteilschulen als Ausgangsform eines gemeinsamen Lernens.

Dieser Schwerpunkt wird leider nicht gelegt. Die Konzentration auf die Primarschulen führt dazu, dass über diese so wichtigen Stadtteilschulen gar nicht geredet wird.

Statt alle Energien in diese Schulen zu stecken, werden hingegen sogar gute bestehende Gesamtschulen die das gemeinsame Lernen von den Klassen 1 bis 10 oder 13 verwirklicht haben, zerschlagen.

Sie dürfen nicht als so genannte Langform geführt werden, um Kindern von der Vorschule bis in Klasse 10 den Besuch einer Schule ohne Wechsel zu ermöglichen. Die Hamburger Gesamtschulen, die Wegweisendes geleistet haben in den vergangenen Jahren, werden einer schlechten schwarz-grünen Vereinbarung geopfert.

So werden in vielen Stadtteilen Stadtteilschulen in Form von Rumpfschulen entstehen, die nur die Klassenstufen sieben bis zehn umfassen.

Die Anbindung an die jüngeren Jahrgangsstufen wird von der schwarz-grünen Schulpolitik verboten, und für die Oberstufen wird es nicht genügend Schülerinnen und Schüler geben.

Dies ist kein attraktives Bildungsangebot, diese Schulen drohen zur Restschulen zu werden.

Wir tun weder unserer Gesellschaft noch unseren Kindern einen Gefallen, wenn wir uns den notwendigen Veränderungen im Schulsystem verweigern.

Wir brauchen Veränderungen an allen Hamburger Schulen.

Wir brauchen ein gerechteres und leistungsstärkeres Bildungssystem.

Die geplante Einführung der Primarschule wird dem nicht gerecht. Der Hamburger Senat sollte dieses Vorhaben aufgeben.

- es gilt das gesprochene Wort -